

// Jörg Lingens (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) und
// Madeline Werthschulte (ZEW)

Deutsche Haushalte schauen zu optimistisch auf Energiekosten und zu pessimistisch auf Hilfen der Bundesregierung

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat nicht nur direktes Leid verursacht, sondern auch die europäischen Energiemärkte beeinträchtigt. Die Kostenexplosionen sowohl im Gas- als auch im Strommarkt stellen eine massive Belastung der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland dar. Die Großhandelspreise für Gas sind in der Spitze um 400%, für Strom um 200% gestiegen.

Um diese Kostensteigerungen abzufangen, hat die Bundesregierung die Gas- und Strompreisbremse auf den Weg gebracht. Kern dieser ist die Kompensation der gestiegenen Kosten, ohne die Sparanreize höherer Preise zu verdrängen. Zur direkten Entlastung wurde weiterhin die Dezemberhilfe umgesetzt. Mit dieser Maßnahme wurde der Abschlag für Gasverbrauch im Monat Dezember bezahlt.

Welche Erwartungen haben deutsche Haushalte bezüglich der gestiegenen Energiekosten, und wie werden die Maßnahmen der Bundesregierung eingeschätzt? Diese Fragen untersuchen Forschende von der Westfälischen-Wilhelms Universität Münster und dem ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim. Dazu wurden im November 2022 etwa 400 Kundinnen und Kunden des Stromvergleichsportals Stromauskunft.de hinsichtlich ihrer Einschätzungen der Entwicklungen im Energiemarkt und ihrer geplanten Reaktionen befragt.

Die Umfrage zeigt ein problematisches Gleichgewicht. Die befragten Haushalte unterschätzen die gestiegenen Kosten und werden somit möglicherweise ihren Energieverbrauch nicht ausreichend einschränken. Dieses Ergebnis ist insbesondere mit dem Einsparen von Gas als zentralen Baustein der Strategie der Bundesregierung sehr bedenklich. Auf der anderen Seite haben die Haushalte wenig Zutrauen in die Wirksamkeit der Maßnahmen der Bundesregierung.



HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- Die Öffentlichkeit sollte noch stärker für die Ausgabenerhöhungen sensibilisiert werden, um eine notwendige Anpassung des Verbrauchsverhaltens zu erreichen.
- Die Entlastungsmaßnahmen sollten besser kommuniziert werden, um Mehrverbrauch durch falsch verstandene Anreize zu vermeiden und möglichen politischen Verwerfungen entgegenzutreten.

OPTIMISTISCHE ERWARTUNGEN BEI DEN STROM- UND GASKOSTEN

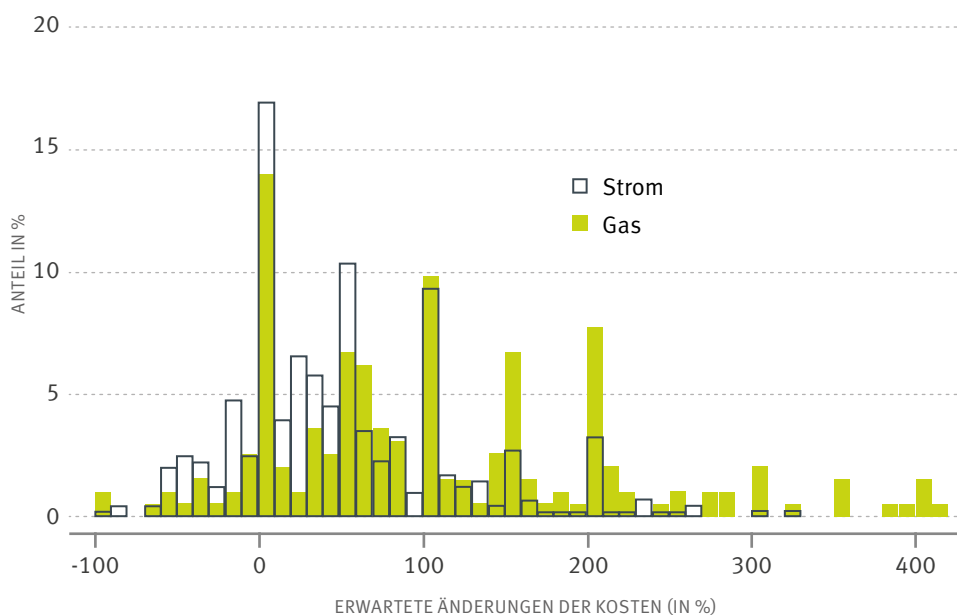
Die Umfrageergebnisse zeigen, dass die Haushalte in einem Szenario, in dem sie im Dezember einen neuen Stromvertrag abschließen müssen, im Durchschnitt einen Anstieg der Ausgaben in Höhe von etwa 47,5% relativ zu ihren aktuellen Ausgaben erwarten. Vor dem Hintergrund der Großhandelspreise im November 2022 scheint diese Erwartung sehr optimistisch. Grafik 1 zeigt die Verteilung der erwarteten Kostensteigerung. Auffällig ist hier nicht nur wie unterschiedlich die Erwartungen sind, sondern auch dass etwa 34% der Befragten erwarten, dass die Stromausgaben sich nicht ändern oder sogar sinken werden. 85% aller Befragten glauben, dass die Ausgaben für Strom um maximal 100% steigen werden.

Auch die Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Gaskosten fallen relativ optimistisch aus. Die befragten Haushalte gehen im Durchschnitt von einer Erhöhung der Ausgaben um etwa 100% aus. Fast ein Viertel der Haushalte geht davon aus, dass die Ausgaben für Gas unverändert bleiben oder sogar noch sinken. Während im Vergleich zu Strom, nun 85% der Haushalte erwarten, dass sich die Ausgaben für Gas maximal verdoppeln werden, ist auch dies vor dem Hintergrund der Großhandelspreise sehr optimistisch. Weiterhin ist dieser Optimismus etwas stärker ausgeprägt unter Haushalten in finanziell schwieriger oder sehr schwieriger Situation. Diese erwarten durchschnittlich einen Anstieg von nur 91%.

Die Befragten erwarten im Durchschnitt einen Anstieg der Ausgaben für Strom in Höhe von 48%

Die Befragten erwarten im Durchschnitt einen Anstieg der Ausgaben für Gas in Höhe von 100%

ABBILDUNG 1: ENERGIEKOSTENERWARTUNG



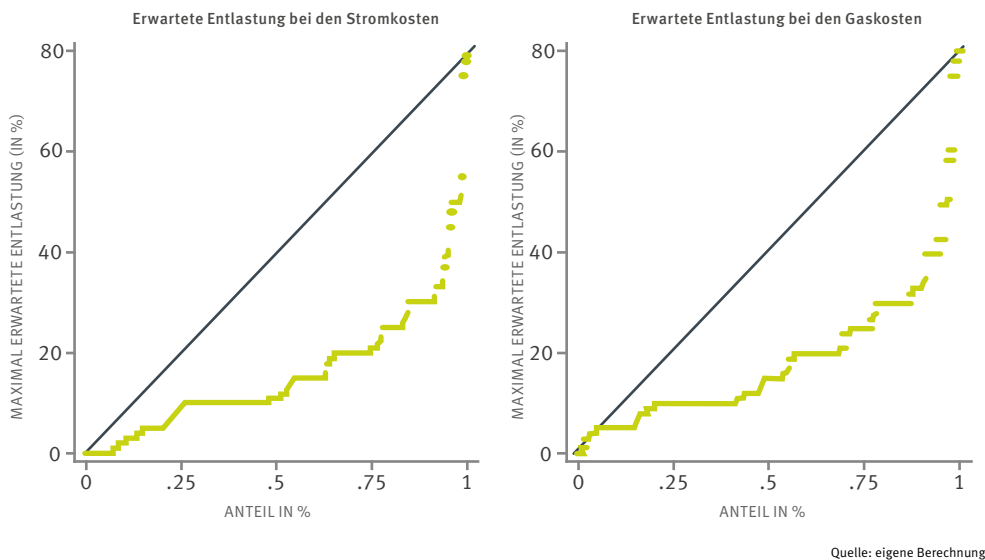
Quelle: eigene Darstellung

PESSIMISTISCHE EINSCHÄTZUNG DER UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE BUNDESREGIERUNG

Welche Erwartungen haben die Haushalte bezüglich der Unterstützung durch die Bundesregierung? Insgesamt sind diese Erwartungen eher zurückhaltend. Im Durchschnitt erwarten die befragten Haushalte, dass 16% des Anstiegs der Stromkosten und 19% der Gaskosten durch politische Maßnahmen kompensiert werden. Grafik 2 zeigt den aggregierten Anteil der Haushalte, die maximal eine bestimmte Kompensation für die Strom- und Gaskosten erwarten. Bemerkenswert ist hier, dass 75% der Haushalte eine Kompensation von maximal 21% der Stromkosten erwarten. Für die Gaskosten ist diese maximale Kompensationserwartung des gleichen Anteils der Haushalte mit 25% etwas höher.

Die Befragten schätzen eine Reduktion der Stromausgaben von 16% und der Gasausgaben auf 19% durch die Maßnahmenpakete der Bundesregierung

ABBILDUNG 2: ERWARTETE ENERGIEKOSTENENTLASTUNG



Diese eher pessimistischen Erwartungen zeigen sich auch in der Bewertung der Politikmaßnahmen. So lehnen 50% der Befragten die Aussage ab, dass die Maßnahmen der Bundesregierung ausreichend sind, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern. Nur knapp 15% der befragten Haushalte stimmen der Aussage (stark) zu. Wird dies nach der individuellen Einschätzung der finanziellen Situation differenziert, so stimmen nur etwa 3% der Haushalte in einer schwierigen oder sehr schwierigen finanziellen Situation der Aussage zu. Aber selbst die Haushalte, die ihre finanzielle Situation als komfortabel bewerten, lehnen die Aussage mehrheitlich ab oder sind unentschieden.

Dies hat auch Auswirkungen auf die Unterstützung politischer Maßnahmen. Eine Mehrheit von 67% unterstützt weiterhin die Sanktionen gegen Russland, allerdings fällt diese Unterstützung auf 57% Zustimmung bei den Haushalten, die ihre eigene finanzielle Situation als schwierig einstufen.

Unklar bleibt jedoch, inwieweit diese doch recht negative Evaluation am fehlenden Verständnis der oft sehr komplexen Politikmaßnahmen liegt. Eine zentrale Maßnahme, die während des Umfragezeitraums schon sehr konkret diskutiert wurde, war die Dezemberhilfe. Auf die Frage, ob die Dezemberhilfe die Gasrechnung zahlt, antworten nur 44% aller Haushalte richtigerweise, dass

50% der Befragten halten die Maßnahmen der Bundesregierung für unzureichend, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern

44% der Befragten können die Anreize der Dezemberhilfe richtig einordnen

dies nicht der Fall ist. Die Mehrheit gibt die falsche Antwort oder weiß es nicht. Vor allem Haushalte in finanziell schwieriger oder sehr schwieriger Situation haben Probleme, die Wirkung der Maßnahme zu verstehen oder wissen nicht, wie diese wirkt.



ZEW policy brief

Autoren: Madeline Werthschulte · madeline.werthschulte@zew.de ·
Jörg Lingens · Joerg.Lingens@wiwi.uni-muenster.de

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Deutschland · info@zew.de · www.zew.de · twitter.com/ZEW

Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktionelle Verantwortung: Dr. Frank Herkenhoff · kommunikation@zew.de

Anmerkung zum Zitieren aus dem Text: Es ist gestattet, Auszüge aus dem Text in der Originalsprache zu zitieren, insofern diese durch eine Quellenangabe kenntlich gemacht werden.

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

ZEW

